

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention** der Stadt Burgdorf am **20.11.2017** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf

18.WP/A-SIP/005

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:20 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:20 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:25 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Knauer, Detlef

Mitglied/Mitglieder

Alker, Sonja
Birgin, Gurbet
Braun, Jens
Gottschalk, Niklas
Kaefer, Volkhard Dr.
Meyer, Andreas
Neitzel, Beate
Perkun, Katrin

Beratende/s Mitglied/er

Müller, Astrid
Röttger, Fritz
von Oettingen, Gero
Wieker, Ursula
Wirz, Angelika

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Borrmann, Thomas
Kegel, Jan
Kugel, Michael

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Wahl einer/eines stellv. Ausschussvorsitzenden
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 19.06.2017

4. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4.1. Bericht über die Behinderten- und Seniorenfahrten 2017
 - 4.2. Mitteilung; Ausführung des Aufnahmegesetzes;
hier: Verteilquote und Verteilung von Ausländerinnen und Ausländern auf die Kommunen für das Jahr 2017
Vorlage: 2017 0135
5. Vorstellung und Bericht des Nachbarschaftstreffs
6. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen, Overhead- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 2017 0405
7. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf
Vorlage: 2017 0407
8. "Zuhause sicher"
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.06.2017 -
Vorlage: 2017 0273
 - 8.1. "Zuhause sicher"
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.06.2017 -
Vorlage: 2017 0273/1
9. Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten
Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017
Vorlage: 2017 0274
 - 9.1. Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten
Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017
Vorlage: 2017 0274/1
10. Antrag AfD-Fraktion auf Einrichtung einer Interessenvertretung für Behinderte (Behindertenbeirat)
Vorlage: 2017 0272
 - 10.1. Antrag AfD-Fraktion auf Einrichtung einer Interessenvertretung für Behinderte (Behindertenbeirat)
Vorlage: 2017 0272/1
11. Entwurf Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 2017 0384
12. Entwurf Investitionsprogramm 2018
Vorlage: 2017 0385
13. Entwurf Stellenplan 2018
Vorlage: 2017 0386
14. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- 14.1. 25. Selbsthilfetag am 26. August auf dem Spittaplatz in Burgdorf
Vorlage: 2017 0369
15. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Herr Knauer**, eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Kugel bat darum, die Tagesordnung um den nicht öffentlichen Teil „Mitteilungen des Bürgermeisters“ zu ergänzen. Dies wurde von den Mitgliedern des Ausschusses einstimmig genehmigt.

2. Wahl einer/eines stellv. Ausschussvorsitzenden

Herr Meyer schlug Frau Birgin als stellvertretende Vorsitzende vor.

Frau Birgin wurde von den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 19.06.2017

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste mit 6 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention vom 19.06.2017 wird genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Mitteilungen vor.

4.1. Bericht über die Behinderten- und Seniorenfahrten 2017

Herr Borrmann berichtete dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention über die diesjährigen Behinderten- und Seniorenfahrten.

Die Seniorenfahrt fand am 15.08.2017 statt und führte die 141 Seniorinnen und Senioren in das Hotel Weserschlosschen nach Nienburg/Weser. Es wurde ein Teilnahmebeitrag von 8,- € pro Person erhoben und insgesamt Beiträge in Höhe von 1.128,00 € vereinnahmt. Bei Ausgaben in Höhe von 2.621,00 € verblieben Kosten in Höhe von 1.493,00 €.

Weiter führte Herr Borrmann aus, dass die Behindertenfahrt gemeinsam mit dem DRK am 27.06.2017 ebenfalls nach Nienburg/Weser führte. Teilgenommen haben insgesamt 81 Personen einschließlich ihrer Begleitpersonen. Davon seien 13 Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer gewesen. Die Gesamtkosten in Höhe von 1.853,50 € seien in voller Höhe aus städtischen Mitteln gezahlt worden.

**4.2. Mitteilung; Ausführung des Aufnahmegesetzes;
hier: Verteilquote und Verteilung von Ausländerinnen und Ausländern
auf die Kommunen für das Jahr 2017
Vorlage: 2017 0135**

Herr Borrmann informierte den Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention über den derzeitigen Stand der Verteilquote und Verteilung von Ausländerinnen und Ausländern auf die Kommunen. Die bisherige Quote in Höhe von 94 Personen sei bis auf eine Person erfüllt. Eine neue Verteilquote liege derzeit noch nicht vor. Der große Druck der schnellen Unterbringung sei derzeit nicht mehr vorhanden. Allerdings wurde neben der Aufnahmequote auch die Unterbringung von Familiennachzügen bewältigt und weitere seien in Planung.

Herr Braun fragte nach, ob es genaue Zahlen über bereits erfolgte Familiennachzüge gebe.

Frau Wieker erläuterte, dass vom Burgdorfer Mehrgenerationenhaus im Zeitraum von September bis Oktober 2017 insgesamt 16 Personen, davon 8 Erwachsene und 8 Schulkinder neu in die Betreuung genommen wurden.

Antwort über das Protokoll:

Bisher erhielten 20 der Stadt Burgdorf zugewiesenen Flüchtlinge Familiennachzug in einer Gesamtzahl von 64 Personen. Diese wohnen in Gemeinschaftsunterkünften als auch mittlerweile in selbst angemieteten Wohnungen.

5. Vorstellung und Bericht des Nachbarschaftstreffs

Frau Jakobi stellte dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention ausführlich die Arbeit des Nachbarschaftstreffs Burgdorf vor. Dieser sei bereits seit 15 Jahren Anlaufstelle der Burgdorfer Bürger und kümmere sich seither um deren Anliegen. Sie erläuterte außerdem die vielfältigen Angebote und Aufgaben des Nachbarschaftstreffs. Hervorgehoben wurde die gute Zusammenarbeit mit den in großer Anzahl tätigen Ehrenamtlichen sowie den Partnern auf verschiedensten Ebenen. Ein besonderes Anliegen des Nachbarschaftstreffs sei es, die Menschen in Burgdorf zu halten bzw. zurückzuholen

und eine Abwanderung in die Region oder noch weiter zu verhindern.

Herr Knauer dankte dem Nachbarschaftstreff im Namen des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention für die geleistete Arbeit.

**6. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen,
Overhead- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 2017 0405**

Herr Kugel zeigte sich erfreut über die Zusammenarbeit sowohl mit dem Nachbarschaftstreff als auch mit dem Burgdorfer Mehrgenerationenhaus. Er erläuterte, dass ähnlich wie bei der mobilen Jugendhilfe vorstellbar sei, Leistungsvereinbarungen abzuschließen. Beide Einrichtungen werden dann einen jährlichen Bericht ablegen.

Bei einer Enthaltung und 8 Ja-Stimmen fasste der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention folgenden empfehlenden

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Region Hannover erhält der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Burgdorf e.V., für das Haushaltsjahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von 62.240,00 € für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring.

**7. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf
Vorlage: 2017 0407**

Frau Wieker erläuterte dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention den Antrag. Sie stimmte den Ausführungen seitens Frau Jakobi über die ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Flüchtlingsarbeit vollumfänglich zu und wies auf die mittlerweile starke Vernetzung des Mehrgenerationenhauses auf Regions-, Landes- und Bundesebene hin. Frau Wieker machte deutlich, dass sich die Masse und Fülle der anfallenden Aufgaben in einem stetigen Wachstum befinde und eine große gemeinsame Verantwortung beinhalte.

Herr Knauer bedankte sich bei Frau Wieker für die unterstützende Arbeit der letzten Jahre.

Herr Braun fragte unter Hinweis auf die Zuschusssumme nach konkreten Ergebnissen bzw. Erfolgen.

Nach kurzer Diskussion und geäußerten Wertschätzungen an der gesellschaftlichen Arbeit des Mehrgenerationenhauses ging **Frau Wieker** näher auf das Erreichen einer funktionierenden Gesellschaft als Ergebnis der geleisteten Arbeit ein. Die Ergebnisse seien zum Teil messbar, z.B. durch eine große Anzahl erreichter Deutschkursabschlüsse und abgeschlossener Berufs- und Arbeitsverträge, zum Teil aber auch nicht.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste mit 8 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden empfehlenden

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Region Hannover erhält das Mehrgenerationenhaus Burgdorf zur Finanzierung seiner Aufgaben gem. Antrag für das Jahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von 63.419,05 €.

**8. "Zuhause sicher"
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.06.2017 -
Vorlage: 2017 0273**

Siehe Punkt 8.1

**8.1. "Zuhause sicher"
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.06.2017 -
Vorlage: 2017 0273/1**

Im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Ausschusses erteilte **Herr Knauer** dem anwesenden Mitglied der Fraktion Freie Burgdorfer Herrn Nijenhof das Wort, sich als Antragsteller zum Antrag zu äußern.

Herr Nijenhof schlug vor, den Antrag abzusetzen und in der nächsten Ausschusssitzung erneut zu beraten, ggf. unter Hinzuziehung eines Vertreters der Polizei.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention stimmten dem Vorschlag zu.

**9. Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten
Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017
Vorlage: 2017 0274**

Die Tagesordnungspunkte 9 und 9.1 wurden gemeinsam behandelt.

**9.1. Fortsetzung des Präventionsrats in der aktuellen Ratsperiode und Neudefinition verschiedener Zuständigkeiten
Antrag der Gruppe SPD-B`90 / Die Grünen - WGS vom 06.06.2017
Vorlage: 2017 0274/1**

Herr Knauer erläuterte, dass der Antrag in der letzten Ausschusssitzung abgesetzt und vertagt wurde. Die gewünschten Informationen seien mittlerweile über eine Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt worden.

Herr Paul erachtete die Fortführung der Arbeit des Präventionsrates als

sehr wichtig.

Frau Birgin äußerte, dass über viele Punkte des Antrages noch Beratungsbedarf bestehe und dieser noch nicht beschlussreif sei.

Unter den Mitgliedern des Ausschusses bestand Einvernehmen, zu Punkt 1 des Ursprungsantrages eine Empfehlung zu verabschieden und über die weiteren Punkte in der nächsten Sitzung zu beraten.

Nach eingehender Diskussion fasste der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention mit 9 Ja-Stimmen einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Präventionsrat wird für die laufende Wahlperiode wieder eingerichtet. Die Liste der bisher eingeladenen Institutionen und Organisationen soll dazu im Vorfeld überarbeitet werden. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag zu unterbreiten, der im Rahmen der Ausschussarbeit durch die Fraktionen ergänzt werden kann.

**10. Antrag AfD-Fraktion auf Einrichtung einer Interessenvertretung für Behinderte (Behindertenbeirat)
Vorlage: 2017 0272**

Die Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 wurden gemeinsam behandelt.

**10.1. Antrag AfD-Fraktion auf Einrichtung einer Interessenvertretung für Behinderte (Behindertenbeirat)
Vorlage: 2017 0272/1**

Herr Braun erläuterte dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention den Antrag und berichtete über gute Erfahrungen mit einer Interessenvertretung für behinderte Menschen in anderen Kommunen.

Herr Baxmann äußerte, dass eine Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung bereits stark durch die aufgelisteten Einrichtungen stattfindet. Er habe den Eindruck, dass keine Notwendigkeit eines solchen Beirates bestehe, zumal bereits einmal jährlich ein Gespräch mit den Betroffenen stattfindet. Herr Baxmann regte an, zu Beginn des Jahres 2018 zu einem Runden Tisch einzuladen und den Bedarf eines Beirates für Menschen mit Behinderung abzufragen.

Frau Alker stimmte Herrn Baxmann dahingehend zu, dass es bereits viele gut organisierte Selbsthilfegruppen gebe. Sie ordnete den Antrag vor dem Hintergrund der AfD auf Bundesebene kommunizierten Aussagen als unglaubwürdig ein und werde ihn daher auch ablehnen.

Herr Knauer und **Frau Perkun** unterstützten den Vorschlag von Herrn Baxmann.

Herr Dr. Kaefer erachtete den Vorschlag eines Treffens der aufgeführten Organisationen als richtig. Zunächst solle ein Meinungsbild geschaffen wer-

den und in der nächsten Ausschusssitzung über den Antrag abgestimmt werden.

Herr Braun bat darum, im Protokoll festzuhalten, dass die Verwaltung zu einer Zusammenkunft im 1. Quartal 2018 einladen werde und aus dem daraus resultierenden Meinungsbild abgeleitet werden solle, ob ein Beirat für Menschen mit Behinderung nötig sei.

Davon ausgehend, dass zu einem Runden Tisch eingeladen werde, zog Herr Braun den Antrag der AfD-Fraktion zurück.

**11. Entwurf Haushaltssatzung 2018
Vorlage: 2017 0384**

Herr Kugel erläuterte dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention den Haushaltsplanentwurf 2018.

Herr Borrmann ging auf die für den Ausschuss wichtigen Produkte ein.

Herr Knauer informierte über einen Fehler im Entwurf der Haushaltssatzung 2018 auf Seite 231. Ab dem 01.07.2017 werde der Unterhaltsvorschuss nicht nur für Kinder bis zum 12. Lebensjahr gezahlt, sondern bis zum 18. Lebensjahr.

**12. Entwurf Investitionsprogramm 2018
Vorlage: 2017 0385**

Herr Kugel erklärte, dass im Investitionsprogramm 2018 keine Maßnahmen enthalten seien, die der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention zu beraten hätte.

**13. Entwurf Stellenplan 2018
Vorlage: 2017 0386**

Herr Kugel erläuterte einzelne Veränderungen des Stellenplans 2018. So werde eine Entlastung des Haushaltes durch die Kürzung von 2,0 eingeplanten Sozialarbeiterstellen erreicht.

Außerdem werde am 01.01.2018 die letzte zum Jobcenter abgeordnete Kollegin in die Stadtverwaltung zurückkehren. Damit seien weitere 2,0 Stellen entbehrlich.

Im Bereich der Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt bestehe aufgrund stetig steigender Fallzahlen ein zusätzlicher Bedarf in der Sozialabteilung von einer 0,25 Stelle (Verwaltungsfachangestellter). Deshalb werde empfohlen, eine Teilzeitstelle auf eine Vollzeitstelle über den Stellenplan 2018 aufzustocken.

Für den unter TOP 9 diskutierten Arbeitskreis „Prävention“ sollte eine 0,5 Stelle zur Verfügung gestellt werden, über deren Besetzung die Gremien

gesondert beschließen könnten.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste mit 8 Ja-Stimmen einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Im Bereich der Sachbearbeitung der Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt nach § SGB XII wird eine vorhandene Teilzeitstelle um eine 0,25 Stelle über den Stellenplan 2018 aufgestockt.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste mit 4 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden empfehlenden

Beschluss:

Für den Arbeitskreis „Prävention“ wird eine 0,5 Stelle über den Stellenplan 2018 zur Verfügung gestellt. Über die Besetzung der Stelle beschließen die Gremien der Stadt.

14. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

**14.1. 25. Selbsthilfetag am 26. August auf dem Spittaplatz in Burgdorf
Vorlage: 2017 0369**

Es wurden keine ergänzenden Fragen gestellt.

15. Anregungen an die Verwaltung

Es lagen keine Anregungen vor.

Einwohnerfragestunde

Es gab die Nachfrage eines Einwohners, wann über die mögliche Entfristung der Arbeitsverträge der Flüchtlingssozialarbeiter entschieden werde.

Herr Kugel führte hierzu aus, die Verträge seien auf fünf Jahre befristet und der am längsten beschäftigte Sozialarbeiter sei nun etwas mehr als zwei Jahre im Dienst. Daher stelle sich diese Frage frühestens im nächsten Jahr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer